

SoVD und die Bundeszentrale für Politische Bildung stellen Wahlbroschüre zur Europawahl vor

„Wählen ist einfach“ mit leichter Sprache

64,4 Millionen Menschen in Deutschland sind am 25. Mai aufgefordert, das Europäische Parlament zu wählen. Wählen gehen ist die einfachste Form politischer Mitsprache. Doch das Wahlrecht ist kompliziert und in schwieriger Sprache verfasst. Damit dennoch möglichst viele Menschen dieses Recht ausüben können und verstehen, warum es sinnvoll ist, dies zu tun, haben der Sozialverband Deutschland (SoVD) und die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) eine Broschüre entwickelt: „Wählen ist einfach – die Europawahl“. Diese stellten sie jetzt in Berlin der Öffentlichkeit vor.

Eine Bedingung für Teilhabe in der Gesellschaft ist das sprachliche Verstehen. Wenn

Sprache aber zu kompliziert wird, kann sie Barrieren errichten. Um Menschen mit Handicap zu unterstützen, wurde die Broschüre in leichter Sprache verfasst. Auch die Präsentation der Wahlbroschüre wurde in Anwesenheit von über 60 Teilnehmern und Pressevertretern in leicht verständlicher Sprache moderiert.

„Europa geht uns alle an!“, sagte bpb-Präsident Thomas Krüger. „Wir müssen noch viele Hindernisse überwinden für eine politische Bildung und politische Teilhabe aller Menschen – ganz gleich, welche Herausforderungen sie mitbringen. Die Bundeszentrale für Politische Bildung hat den Willen, diese Aufgabe zu erfüllen und



Foto: Herbert Schlemmer

Zur Präsentation des Heftes „Wählen ist einfach: Die Europawahl“ kamen zahlreiche Pressevertreter in die Bundeszentrale für Politische Bildung in Berlin.

jeden und jede zu befähigen, Gesellschaft zu gestalten.“

Sönke Franz, Bundesjugendvorsitzender des SoVD stellte fest: „In Europa findet schon heute Politik statt, die große Auswirkungen auf die politischen Entscheidungen in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat. Verständliche Informationen

sind die Voraussetzung dafür, um partizipieren zu können. Die Broschüre soll hierfür eine Handreichung sein. Ein Schritt, uns in die Politik zu wagen und zu erkennen, was wir durch die Abgabe unserer Wählerstimme für uns – Deutschland und Europa – erreichen können.“

Die Broschüre „Wählen ist einfach“ ist per E-Mail unter

jugend@sovd.de und auf www.bpb.de/179730 kostenlos bestellbar. Die große Medienpräsenz bei der Vorstellung der Broschüre, zahlreiche Rückmeldungen seit der Präsentation sowie hunderte Youtube-Aufrufe des Filmbeitrages von SoVD-TV „Wählen leicht erklärt“ belegen, wie wichtig das Thema ist. veo



Die Broschüre „Wählen ist einfach“ ist in einfacher Sprache.

Kompliziert oder leicht? – So ist Wählen einfach

Bei der Europawahl entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über ihren Alltag mit. Das Europawahlgesetz erklärt dies so: „Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit Listenwahlvorschlägen. Listenwahlvorschläge können für ein Land oder als gemeinsame Liste für alle Länder aufgestellt werden. Jeder Wähler hat eine Stimme.“ Ein paar Sätze weiter heißt es: „Wahlvorschläge können nach Maßgabe des Paragraph 9 Abs. 5 von Parteien und von sonstigen mitgliedschaftlich organisierten, auf Teilnahme an der politischen Willensbildung und Mitwirkung in Volksvertretungen ausgerichteten Vereinigungen mit Sitz, Geschäftsleitung, Tätigkeit und Mitgliederbestand in den Gebieten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (sonstige politische Vereinigungen) eingereicht werden.“

Es liegt auf der Hand, dass die übliche Schriftsprache oder Fachsprache eine sprachliche Hürde für viele wahlberechtigte Menschen darstellt, die ein Handicap haben. „Amtsdeutsch“ wird aber auch von vielen Menschen nur schlecht verstanden, deren Muttersprache nicht deutsch ist. Mit der Broschüre in verständlicher, leichter Sprache soll politische Teilhabe und Mitwirkung auch für die Menschen möglich werden, die bislang wegen sprachlicher Verständnisschwierigkeiten ausgeschlossen waren. Beispielhaft liest sich der weiter oben zitierte Auszug aus dem Europawahlgesetz in leichter Sprache dann wie folgt:

„Eine Partei ist eine Gruppe von Menschen mit gleichen Zielen. Sie haben sich zusammengeschlossen, um diese Ziele durchzusetzen.

Dafür benötigen sie Ihre Stimme. Das ist das Kreuz auf dem Stimmzettel.

Für die Wahl hat jede Partei eine Liste aufgestellt.

Auf den Listen stehen die Namen, wer ins Europäische Parlament soll. Sie kommen aber nur rein, wenn die Wähler oder die Wählerinnen diese Liste wählen.“

Behinderte Menschen sollen weiterhin Rundfunkbeitrag zahlen

Von wegen „in der ersten Reihe“

Der neue Rundfunkbeitrag sollte „einfach für alle“ sein. Nun klingelt es vor allem in den Kassen von ARD und ZDF. Sie nehmen bis 2016 über eine Milliarde Euro mehr ein. Das Geld stammt auch von Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung früher keine Gebühren zahlen mussten. Angesichts der Mehreinnahmen fordert der SoVD die Rückkehr zu diesem Nachteilsausgleich.

„Bei ARD und ZDF sitzen Sie in der ersten Reihe“. So lautet die Werbung der öffentlichen Sender. Inzwischen zeigt sich jedoch, dass diese Plätze die Zuschauer teuer zu stehen kommen. Vor allem Menschen mit Behinderung zahlen seit der Gebührenumstellung ordentlich drauf. Sie werden oftmals nicht mehr von der Zahlung befreit, sondern zahlen einen reduzierten Beitrag von 5,99 Euro monatlich. Hierfür müssen sie jeweils einen Antrag stellen.

Welche Steine den Betroffenen dabei in den Weg gelegt werden, hat SoVD-Mitglied Dietrich Müller aus Coswig in Sachsen-Anhalt erlebt. Der zu 100 Prozent Schwerbehinderte schickte eine Kopie seines Schwerbehindertenausweises an den Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Vergeblich: man brauche das Original oder eine beglaubigte Kopie, andernfalls werde der Antrag abgelehnt. Müller, der auf den Rollstuhl angewiesen ist, empfindet das

als Schikane:

„Ich wohne im ländlichen Bereich. Um eine Kopie beglaubigen zu lassen, muss ich in die nächste Stadt reisen.“

Wie wenig die Sender dabei tatsächlich auf das Geld von Menschen wie Dietrich Müller angewiesen sind, zeigt sich erst jetzt: Sie werden über eine Milliarde Euro mehr an Beiträgen einnehmen als bisher. Andere Schätzungen gehen sogar von drei Milliarden Euro aus.

Werden bestehende Ungerechtigkeiten nun also behoben? Fehlanzeige. Stattdessen soll der Rundfunkbeitrag um 48 Cent sinken.

Scharfe Kritik kommt hierzu vom SoVD. Dessen Präsident Adolf Bauer erklärte: „Anstatt mit den deutlichen Zuwächsen



Fotos: kiono, Avanne Troar, Marek Gottschalk/fotolia

Seit 2013 wird der Rundfunkbeitrag pro Haushalt erhoben. Zahlen müssen seitdem auch Menschen mit Behinderung, die früher von der Gebühr befreit waren.

bei den Rundfunkeinnahmen soziale Härten für behinderte Menschen abzubauen, kommt jetzt eine Minisenkung.“ Angesichts der Mehreinnahmen fordert Bauer eine Rückkehr zu der bewährten Regelung des Nachteilsausgleichs für Menschen mit Behinderung. job